

kontrolle massgebend. Es ist offensichtlich, dass Angehörige aus den Oststaaten, die sich in die Schweiz begeben, im Vergleich zu den Schweizer Bürgern, die in die Oststaaten reisen, unter diesem Gesichtspunkt nicht benachteiligt werden.

Zu Ziffer 4. Seit 1947 benötigen Angehörige amerikanischer Staaten, so auch den USA, nur noch für die Einreise zum Stellenantritt ein Visum. Während mit verschiedenen amerikanischen Staaten eine zwischenstaatliche Vereinbarung über die gegenseitige Aufhebung der Visumpflicht abgeschlossen werden konnte, war dies bisher mit Bezug auf die USA infolge der unterschiedlichen Einwanderungsgesetzgebung nicht möglich. In Anbetracht der von den amerikanischen Behörden gegenüber schweizerischen Touristen und Geschäftsleuten befolgten grosszügigen Visapaxis und mit Rücksicht darauf, dass sie das Visum unentgeltlich erhalten, besteht schweizerischerseits kein Anlass, die Visavorschriften gegenüber Angehörigen der USA zu ändern.

Zu Ziffer 5. Aufgrund des Abkommens vom 28. November 1968 über die gegenseitige Aufhebung der Visumpflicht können schweizerische und jugoslawische Staatsangehörige zu einem drei Monate nicht übersteigenden Aufenthalt ohne Erwerbstätigkeit ohne Visum in den anderen Vertragsstaat einreisen. Das gleiche gilt für die Rückreise von Staatsbürgern, die im anderen Vertragsstaat eine Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung besitzen. Jugoslawen, die zum Stellenantritt in die Schweiz einreisen, benötigen wie alle übrigen visumpflichtigen Ausländer für die Einreise stets ein entsprechendes Visum. Eine unterschiedliche Behandlung von jugoslawischen Arbeitnehmern, wie der Interpellant dies wünscht, kann nicht in Betracht gezogen werden. Um den administrativen Aufwand bei der Visumerteilung abzugelten und den Kostendeckungsgrad der Visadienste unserer Vertretungen im Ausland zu verbessern, haben wir am 20. April 1983 die Visagebühren entsprechend erhöht.

Zu Ziffer 6. Die Handhabung der Visumpraxis hat keinen Einfluss auf das Asylrecht. Ob ein Ausländer, der sein Asylgesuch im Ausland eingereicht hat, zur Abklärung des Sachverhaltes in die Schweiz einreisen darf oder nicht, bestimmt sich ausschliesslich nach Artikel 17 des Asylgesetzes. Wird die Einreise in solchen Fällen bewilligt, erhält der Gesuchsteller das notwendige Visum kostenlos.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates teilweise befriedigt.

83.431

**Interpellation Affolter  
Schliessung der Wagonsfabrik Schlieren  
Fermeture de la fabrique de wagons  
de Schlieren**

*Wortlaut der Interpellation vom 7. Juni 1983*

Die Schindler Wagons- und Aufzügefabrik Schlieren soll nach Absicht der Schindler-Holding in zwei Jahren geschlossen werden. Dieser Fall Schindler zeigt: Das Aktien- und Unternehmensrecht ist ungenügend. Die grossen Firmen müssen über ihre Filialen, Zahlen und Firmenpolitik zu wenig Auskunft geben. Die Stellung der Belegschaft, ihre Information und Mitbestimmung ist ungesichert. Das Bodenrecht ist ungenügend. Es ist oft profitabler, den Boden zu verkaufen, als auf ihm zu produzieren. Die Gewinnmöglichkeiten im Boden bewirken Fehlentscheide in der Industrie. (Schliessung Wagi Schlieren, Stöcklin BL.)

Ich frage den Bundesrat an:

Ist der Bundesrat auch der Meinung, dass zu den vielgenannten Rahmenbedingungen der Wirtschaft auch gehört, dass:

a. eine Unternehmensgesetzgebung punkto Information und Rechte der Beschäftigten schleunigst vorgeschlagen wird und insbesondere die Aktienrechtsrevision gründlich und sofort an die Hand genommen wird?

b. eine Boden- und Raumordnungspolitik zu betreiben ist, die eine wirtschaftliche Tätigkeit auf dem Land und in den Agglomerationen erlaubt?

Welche Möglichkeiten sieht der Bundesrat, um diese Ungechtigkeiten gegenüber den Arbeitnehmern auszumerken?

*Texte de l'interpellation du 7 juin 1983*

La société holding Schindler a l'intention de fermer, dans deux ans, la fabrique de wagons et d'ascenseurs Schindler à Schlieren. Le cas de Schindler montre que:

Le droit régissant les sociétés anonymes et les entreprises n'est pas satisfaisant. L'obligation faite, aux grandes sociétés, de donner des renseignements sur leurs filiales, leurs chiffres et leur politique d'entreprise, est trop limitée. Le statut du personnel, l'information qu'il reçoit, ainsi que la participation des travailleurs sont aléatoires.

Le droit foncier est insuffisant. Souvent, il est plus profitable de vendre un bien-fonds que de l'exploiter et de produire. Les possibilités de gain immobilier favorisent la prise de décisions erronées dans l'industrie (fermeture de la fabrique de wagons de Schlieren; Stöcklin à Bâle-Campagne).

Compte tenu de ce qui précède, je pose au Conseil fédéral les questions suivantes:

N'estime-t-il pas que les conditions cadres de l'économie, maintes fois évoquées, impliquent également:

a. que soit élaborée et présentée dans les plus brefs délais une législation sur les entreprises, concernant l'information et les droits des salariés et employés; qu'en particulier soit mise en chantier la revision du droit des sociétés anonymes, sérieusement et sans tergiverser?

b. qu'il s'impose d'appliquer une politique du sol et de l'aménagement du territoire qui permette, à la campagne et dans les agglomérations, l'exercice d'une activité économique?

Quelles sont, de l'avis du Conseil fédéral, les possibilités qui se présentent d'abolir ces injustices préjudiciables aux travailleurs?

*Mitunterzeichner – Cosignataires:* Ammann-St. Gallen, Bircher, Borel, Bratschi, Braunschweig, Bundi, Chopard, Christinat, Deneys, Egli, Euler, Ganz, Gerwig, Hubacher, Jaggi, Leuenberger, Loetscher, Longet, Mauch, Meier, Werner, Meizoz, Merz, Morel, Morf, Müller-Bern, Nauer, Neukomm, Ott, Reimann, Renschler, Riesen-Freiburg, Robbiani, Rothen, Rubi, Ruffy, Schmid, Stappung, Uchtenhagen, Vannay, Wagner, Weber-Arbon, Zehnder (42)

*Schriftliche Begründung – Développement par écrit*

Der Interpellant verzichtet auf eine Begründung und wünscht schriftliche Beantwortung.

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

Zu a: Die Verbesserung der Informationspolitik (Jahresrechnung, Geschäftsbericht usw.) der Gesellschaften ist ein Anliegen, das der Bundesrat grundsätzlich unterstützt. So enthält die Botschaft über die Revision des Aktienrechtes vom 23. Februar 1983 eine Reihe von Vorschlägen, die darauf abzielen, die aktienrechtlichen Rechnungslegungsvorschriften zu verbessern und die Transparenz ganz allgemein zu fördern.

Allerdings wird die Aktienrechtsrevision die spezifischen Informationsbedürfnisse der Arbeitnehmer nicht vollständig befriedigen können. Diese müssen auch im Zusammenhang mit der Mitbestimmungsfrage behandelt werden, die zurzeit von einer Expertenkommission des Eidgenössischen Volkswirtschafts-

departementales im Auftrag der zuständigen Nationalratskommission bearbeitet wird.

Sowohl beim Aktienrecht als auch in der Mitbestimmungsfrage liegt also der Ball gegenwärtig beim Parlament selber.

Zu b. Was die Raumordnungs- und Bodenpolitik anbelangt, so hat der Gesetzgeber den Entscheid gefällt: Gemäss dem Bundesgesetz vom 22. Juni 1979 über die Raumplanung (SR 700) ist die Schaffung der Nutzungsordnung weitgehend Sache der Kantone.

Die von Kantonen und Gemeinden ausgeschiedenen Industrie- und Gewerbebezonen stellen sicher, dass diese Liegenschaften keiner anderen Zweckbestimmung zugeführt werden. Wir können uns deshalb den Ausführungen des Interpellanten über das ungenügende Bodenrecht nicht anschliessen. Die Erfahrungen zeigen im Gegenteil, dass die Industrieliegenschaften in den entsprechenden Zonen wegen ihrer Zweckbindung gerade keine tauglichen Spekulationsobjekte darstellen. So mussten in vielen Liquidationsfällen diese Liegenschaften zu äusserst geringen Preisen verkauft werden. Die Ausscheidung von Gewerbe- und Industrieboden hat demnach nicht nur dazu geführt, dass dieser Boden seiner Zweckbestimmung erhalten bleibt, sondern hat indirekt auch die Ansiedlung neuer Industrien gefördert. Eine Bewirtschaftung oder Reglementierung der Bodenpreise in Industriezonen – wie sie der Vorstoss indirekt propagiert – wäre deshalb eine unverhältnismässige Massnahme.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

83.445

**Interpellation Crevoisier  
Jurassisches Fest in Moutier.  
Machenschaften Berns  
Fête jurassienne à Moutier.  
Manœuvres bernoises**

*Wortlaut der Interpellation vom 7. Juni 1983*

Der Grosse Rat des Kantons Bern hat sich in seiner letzten Session des langen und breiten über das Fest der südjurassischen Autonomisten aufgehalten, das vom 24. bis 26. Juni in Moutier stattfinden soll. Die Berner Grossräte haben sich sogar erlaubt, eine erneute Verletzung der in der Verfassung garantierten Versammlungs- und Meinungsäusserungsfreiheit der Jurassier zu verlangen, indem sie den Regierungsrat durch eine Motion aufforderten, die Veranstaltung nach Möglichkeit zu verbieten. Um diesen offensichtlich antidemokratischen Vorschlag zu rechtfertigen, haben die Berner die jurassische Regierung praktisch angeklagt, selbst hinter dem patriotischen Anlass von Moutier zu stehen, was ganz offensichtlich eine sehr grobe, aber durchaus absichtsvolle Lüge ist. Um eine solche Provokation eingermassen zu rechtfertigen, haben die Berner absichtlich die mit ihrem Amt verbundenen Verpflichtungen der Minister des neuen Kantons – die völlig im Rahmen dessen liegen, was unter Kantonen üblich ist – mit deren persönlicher Verbundenheit und Treue zur jurassischen Idee vermengt.

Da der neu erwachte Eifer der Berner Kreise kaum zufällig sein dürfte, ersuchen wir den Bundesrat, im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung im Kanton Bern die Lage klarzustellen. Diejenigen, die die öffentliche Meinung irreführen und anstacheln, sollten dabei unverzüglich beim Namen genannt und zurechtgewiesen werden.

Der Bundesrat wird daher ersucht, uns aufgrund seiner Information zu sagen:

1. ob die Agitation im bernischen Grosse Rat und eventuell auch im Nationalrat auf eine verantwortungslose Stimmfängerei einiger pro-bernischer Parlamentarier zurückzuführen ist, oder

2. ob für den Kanton Bern wichtige – aber unausgesprochene – Interessen hinter diesem antijurassischen Wirbel des Berner Parlaments stehen?

*Texte de l'interpellation du 7 juin 1983*

Lors de sa dernière session, le Grand Conseil bernois s'est déchaîné contre la fête que les autonomistes de la partie méridionale du Jura organisent à Moutier, du 24 au 26 juin prochain. Les députés bernois se sont même permis de déplorer une nouvelle atteinte aux libertés constitutionnelles de réunion et d'expression des Jurassiens, en invitant, par voie de motion, le Conseil exécutif à interdire si possible cette manifestation. Pour justifier une proposition aussi manifestement antidémocratique, les Bernois ont quasiment accusé le Gouvernement jurassien d'être lui-même l'instigateur de cette réunion patriotique de Moutier, ce qui est, de toute évidence, un mensonge grossier mais certainement pas désintéressé. Pour tenter de justifier une telle provocation, les Bernois ont volontairement confondu les engagements institutionnels – parfaitement respectueux des usages interétatiques – des ministres du nouvel Etat, d'une part, et, d'autre part, la réaffirmation constante de leur attachement et de leur fidélité personnels à l'idéal jurassien. Comme l'activisme récent des milieux bernois ne saurait être totalement gratuit, nous demandons au Conseil fédéral, de bien vouloir clarifier la situation, ceci dans l'intérêt même de la tranquillité et de l'ordre publics au sein du canton de Berne. Il convient en effet de démasquer et de dénoncer assez tôt ceux qui abusent et excitent l'opinion publique. Le Conseil fédéral est en conséquence invité à nous dire, selon les informations en sa possession:

1. Si l'agitation enregistrée au Grand Conseil bernois – et peut-être même au Conseil national – est due uniquement à un électoralisme irresponsable de quelques élus pro-bernois.

2. Ou si des intérêts importants – mais inavouables – pour l'Etat de Berne, sont à l'origine de cette poussée de fièvre antijurassienne au Parlement bernois.

*Mitunterzeichner – Consignataires:* Roy, Wilhelm (2)

*Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates*

*Rapport écrit du Conseil fédéral*

Il n'entre pas dans les attributions du Conseil fédéral de rechercher les motifs qui ont incité des parlementaires bernois à manifester, au cours d'un débat au Grand Conseil, leur mauvaise humeur au sujet d'une fête jurassienne à Moutier.

**Präsident:** Der Interpellant ist von der Antwort des Bundesrates nicht befriedigt.

83.460

**Interpellation Crevoisier  
Journalisten und Informationsfreiheit  
Journalistes et liberté d'information**

*Wortlaut der Interpellation vom 14. Juni 1983*

Das Ministerkomitee des Europarates hat am 29. April 1982 eine «Erklärung über die Meinungs- und Informationsfreiheit» angenommen, die namentlich folgendes ausführt: «...im Bereich der Information und der Massenkommunikationsmittel verfolgen sie (die Staaten) folgende Ziele:

## **Interpellation Affolter Schliessung der Wagonsfabrik Schlieren**

## **Interpellation Affolter Fermeture de la fabrique de wagons de Schlieren**

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1983
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	15
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	83.431
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	07.10.1983 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1526-1527
Page	
Pagina	
Ref. No	20 011 863

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.

Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.

Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.